agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

# OZEANIEN/FIDSCHI-INSELN - Erzbischof von Suva: "Wir fordern keinen christlichen Staat aber umfassende Achtung der Religionsfreiheit"

Suva (Fidesdienst) – "Wir brauchen keinen theokratischen Staat und wir haben nie einen christlichen Staat gefordert. Trotzdem sind wir besorgt, wenn eine säkularer Staat den Glauben auf das Private beschränken will": so Erzbischof Peter Loy Chong von Suva im Rahmen der Debatte zur neuen Verfassung des Landes, die seit September 2013 auf den Fidschi-Inseln in Kraft ist. In einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt, erläutert der Erzbischof, dass die Kirche sich einen "säkularen Staat wünscht, der die Religionen in der Gesellschaft umfassend respektiert".

Eine öffentliche Debatte findet derzeit insbesondere im Hinblick auf den Artikel 22 der neuen Verfassung statt, der festlegt, dass „jeder Mensch das Recht auf Religions-, Gewissens- und Glaubensfreiheit hat". Außerdem legt der Artikel fest, dass jeder Bürger als Einzelperson oder in der Gemeinschaft, privat und öffentlich die eigene Religion bekennen und durch Kult, Praxis und Lehre ausüben darf.

"Religionsfreiheit ist ein grundlegendes Prinzip des Staates", heißt se im Verfassungstext weiter und „der religiöse Glaube ist eine persönliche Angelegenheit". Daraus entwickelte sich die Diskussion über die Trennung von Staat und Kirche.

In diesem Zusammenhang betont Erzbischof Chong, dass entsprechend der Christlichen Soziallehre, "Priester und Bischöfe zwar nicht aktiv an der Politik teilnehmen sollen", die Kirche jedoch kraft ihrer prophetischen Rolle Prinzipien und Richtlinien aufzeigen müsse, "um ihren Mitgliedern und allen Menschen guten Willens, dabei zu helfen, Entscheidungen zu treffen, die dem Gemeinwohl dienen". (PA) (Fidesdienst 11/12/2013)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it